

Sonnabend, 1. März 1930 - 78. Jahrgang Nr. 103

Berliner

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 5 Pfennig

Volks-Zeitung

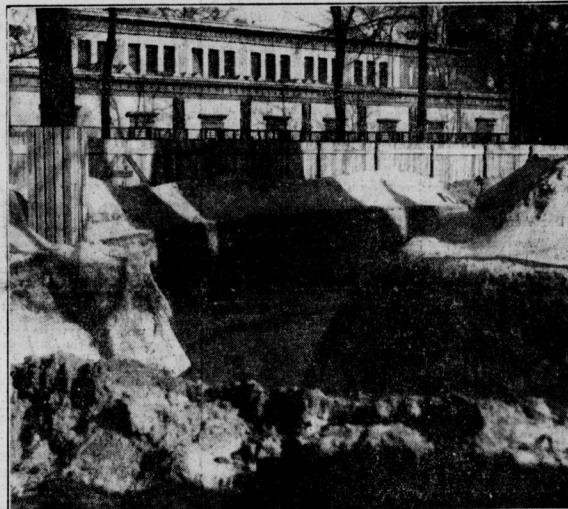
Severing stellt Frick - Friede am Alex - Das Grosse Los gezogen

Vor dem Startschuss



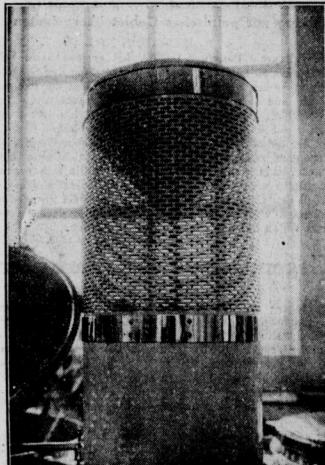
Fünfzehn Paare wurden im Sport-Palast auf die Sechstagereise geschickt

„Entgitterung“ des Berliner Zoo



Um den Elefanten-Zwinger wird ein Graben von 2½ Metern Tiefe gezogen

Hier werden täglich 2000 Portionen gekocht

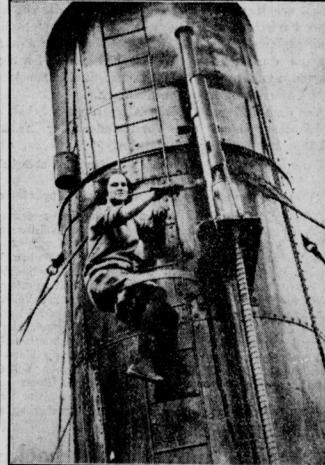


Diese Anlage saugt den Küchendampf auf



Die neue Zentral-Küche für Kinder- und Volkspeisung des Bezirksamtes Neukölln

Ein Frauenberuf eigener Art



Im Londoner Hafen streicht ein junges Mädchen Schiffsschornsteine

Hintergründe der Demission Grzesinskis

Der anfechtbare Brief des Senatspräsidenten Grützner

Dem zurückgetretenen preussischen Innenminister Grzesinski hat gestern die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags einstimmig Dank und Vertrauen ausgesprochen und ihm gleichzeitig die herlichsten Wünsche für seine baldige völige Wiederherstellung übermittelt. Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion nach einer Mitteilung des "Vorwärts" einmütig beim Parteivorstand den Antritt gestellt, den bisher der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Senatspräsidenten an Oberverwaltungsgericht, Grützner, "wegen ehrenlosen und parteischädigenden Verhaltens" aus der Partei ausschlossen.

Dieser aufsehenerregende Antrag ist darauf zurückzuführen, dass Grützner den Anstoß zu der Demission Grzesinskis gab. Wie wir bereits berichteten, waren gegen den preussischen

Innenminister seit längerer Zeit von den Parteien der Rechten Angriff gerichtet worden, bei denen versucht wurde, das Privatleben des Ministers in die Öffentlichkeit zu zerren. Minister Grzesinski lebt seit mehr als einem Jahrzehnt von seiner Frau getrennt und hat eine andere Lebensgefährte gefunden. Das Zusammenleben mit ihr konnte er aber standesmäßig nicht legalisieren, weil sich der Auflösung der Ehe Hindernisse entgeggestellt, die Grzesinski nicht zu überwinden vermochte. Obwohl das Reichsdisziplinärgericht einen freien Lebensbund wie ihn der frühere preussische Innenminister geschlossen hätte, nicht beanstandet hat, glaubte Senatspräsident Grützner daran Anstoß nehmen und gegen Grzesinski vorgehen zu müssen. Er richtete am 3. Februar an den preussischen Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben, in dem er an dem Privatleben Grzesinskis Kritik übe und Braun zum Einschreiten aufforderte.

Dieses Schreiben hat Grützner aber auch anderen Personen

bekanntgegeben und auch den Fraktionen des Landtags abschriftlich mitgeteilt.

Es ist verständlich, dass dieser Schritt Grützners, durch den er sich in eine Front mit den Herren auf der Rechten stellte, in der Sozialdemokratischen Partei größte Empörung erregte, dessen natürliche Konsequenz der Ausschlussantrag ist. Das Verhalten Grützners, der sogar mit kaum verhüllter Drohung die Möglichkeit erörterte, im Zusammenhang mit einem Disziplinarverfahren gegen einen Beamten könne von dem preussischen Innenminister zur Sprache kommen, stößt auch in nicht-sozialistischen Kreisen auf Verurteilung. Als Senatspräsident, also als hoher Richter, musste sich Grützner über die juristische Unhaltbarkeit seines Vorstoßes klar sein, wie ihm als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei auch bewusst sein müsste, dass er sich auch über die Anfechtbarkeit seiner Briefschreibe in rein menschlicher Hinsicht nicht im Zweifel sein konnte.

Neue Spaltung in der K.P.D. Rebellion gegen den sinnlosen Stalin-Kurs

Die beiden vom Oberpräsidenten bestätigten kommunistischen Stadträte Letz und Raddatz haben gemeinsam mit sechzig K.P.D.-Funktionären einen Aufruf gegen die Politik der Parteizentrale erlassen. In dem Aufruf wird gesagt, die Politik der K.P.D.-Zentrale habe sich in letzter Zeit derart entwickelt, dass sie nicht mehr der Stärkung der Arbeiterschaft, sondern nur dem agitatorischen Bedürfnis der Moskauer Stalin-Gruppe diene. Dem russischen Arbeiter werde mit allen Mitteln, selbst mit läufighafter Berichterstattung, vorgeworfen, dass die K.P.D. die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft hinter sich habe und nahe vor der Entfesselung der proletarischen Revolution stehe. Sinnlose Teilbewegungen würden veranlasst, durch die Arbeiter von der gewerkschaftlichen Organisation losgerissen, aber bestimmt nicht die Kapitalisten niedergesungen würden.

Der Aufruf schließt:

"Wir wissen, dass ein grosser Teil der langjährigen Funktionäre und Mitglieder der K.P.D. unsere Ansicht teilt. Wir fordern alle Gleichgesinnten auf, den Zwang einer ungesunden Parteidisziplin zu brechen und ihre Meinung offen bei jeder Gelegenheit zu vertreten."

Wie verlautet, haben Vertreter der K.P.D.-Zentrale mit Stadtrat Letz verhandelt, um ihn mit Zusicherung voller "Verzehrung" von der Oppositionsgruppe loszulösen. Da Letz sich geweigert hat, seine "Ketzereien" abzuschwören, steht das Ausschlussverfahren gegen die Rebellen zu erwarten, und nur die Existenz des deutschen Strafgesetzbuches wird Letz und Raddatz vor Tschekamassnahmen schützen.

Die Spannung wird sich auch auf die kommunistische Landtagsfraktion ausdehnen, in der Raddatz bisher sass. Wie weit die Spaltung sich unter den Mitgliedern der Partei auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen. Aber man kann annehmen, dass zahlreiche Arbeiter sich von der Politik des Schlagrings und der Phrasen angeekelt fühlen.

Fraktionsführer bei Hindenburg. Aussprache des Reichspräsidenten mit Scholz und Dr. Brüning

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag um 11½ Uhr den Führer der Deutschen Volkspartei, Scholz, zu einer Aussprache über die Bedenken seiner Partei gegen den Vorschlag eines Notopfers für die Festbesoldeten. Um 12½ Uhr trat dann der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei im Reichstag zusammen, um den Bericht des Abgeordneten Scholz über diese Unterredung entgegenzunehmen.

Vor dem volkspartilaren Abgeordneten Scholz hatte der Reichspräsident den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Dr. Brüning, empfangen.

Über den Schrift des Reichspräsidenten wird noch bekannt, dass dieser auf die "religiösen und politischen" Gründe hingewiesen

hat, die diejenigen, die sich in gesicherter Lebensstellung befinden, zu einem Opfer für die ungesicherten Existenzien verpflichten. Bravo!

In Regierungskreisen wird erwogen, der Deutschen Volkspartei eine Zustimmung zum Notopfer durch bestimmte Zusicherungen für eine Steuersenkung im Jahr 1931 zu erleichtern. Soweit wir über die Auffassungen in der Deutschen Volkspartei unterrichtet sind, würde sich die Deutsche Volkspartei kaum mit bloßen Zusicherungen begnügen, sondern die gesetzliche Festlegung der Lastensenkung schon jetzt, wenn auch erst mit Wirkung nach einem Jahr, verlangen. Unabhängig hieron bestehen immer noch die Bedenken der Deutschen Volkspartei wegen der Verlagerung jeder Reform der Arbeitslosenversicherung und im Besonderen der vom Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer befürworteten Autonomie dieser Versicherung unverändert fort.

Die Volkspartei bleibt bockig

Über den Verlauf der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Scholz, hören wir, dass "dieser sich nicht in der Lage sah, auf den

SEVERING stellt FRICK

Wie steht es mit dem Fall Siefert?

WEIMAR, 1. März.

Reichsinnenminister Severing hat sich wegen der Amtseinführung des volkspartilaren Gymnasialdirktors Dr. Siefert in Weimar durch den nationalsozialistischen Volksbildungminister Dr. Frick an das thüringische Staatsministerium mit einem Schreiben gewandt. Der Reichsinnenminister fragt, ob die Zeitungsmeldungen treffen, dass Siefert sich auf § 26 der staatlichen Schulordnung berufen habe, der den nicht wahlmündigen Schülern die Mitgliedschaft an politischen Vereinigungen unter-

sagt. Es wird weiter um Mitteilung gebeten, ob der Bund „Adler und Falken“ der Reichsverfassung zuwiderräuflende Ziele verfolge und ob und welche Schritte das thüringische Staatsministerium in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenke.

Die Nationalsozialisten sind über die Anfrage Severings sehr verstimmt und vermuten die Absicht eines Verbots dieser nationalsozialistischen Schülerorganisation. Die Antwort der thüringischen Regierung ist noch nicht bekannt geworden.

65 oder 68 Jahre?

Das Alter der Hochschullehrer vor dem Landtag / Tagungspause

In preussischen Landtag wurden heute bei schwach besetztem Hause nur kleine Vorlagen behandelt.

Die angesuchte Abrechnung der Immunität einer Reihe kommunistischer Abgeordneter der sozialdemokratischen Abgeordneten, unter Reichsführers Höring zwecks Einleitung eines Strafverfahrens wegen Beleidigung durch die Presse usw. wurde verworfen.

Annahme fand ein Antrag des Rechtsausschusses, wonach bei der Reichsregierung folgende Änderung des Grunderwerbssteuergesetzes erwirkt werden soll:

„Die Eintragung eines Erwerbers in das Grundbuch darf erst dann abgelehnt werden, wenn das Grundbuchamt eine angemessene Frist zur Befriedigung der Bescheinigung über die erfolgte Stundung der Steuer gestellt hat und die Frist ohne diesen Nachweis verstrichen ist.“

Es folgte die zweite Beratung des Rechtsausschusses, der die Altersgrenze für Hochschullehrer vom 65. auf das 68. Lebensjahr erhöhen will

und die Zustimmung einer Mehrheit des Unterrichtsausschusses gefunden hat.

Der Abgeordnetenbank hat zum ersten Male der neue Kultusminister Dr. Grümme mit seinem Beamten Platz genommen, ohne jedoch in die Aussprache einzutreten.

Abg. Dr. Chajes (Soz.) lehnte den Gesetzesantrag ab, weil er eine Überarbeitung der Universitäten und sonstigen Hochschulen zur Folge hätte, ohne dass dabei Ersparnisse erzielt

würden. Es müsste auch bedacht werden, dass viele der alten Hochschullehrer in Opposition zum jetzigen Staat ständen.

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (CDU). Vp. trat für die Verteilung ein, die einen in Preussen gegenüber allen anderen Ländern unterschiedlichen Ausnahmestand beseitigen wolle.

Abg. Dr. Aßlander (Komm.) lehnte das Gesetz ab, weil es in der Zeit in der überall

in der Wirtschaft schon vierjährige Arbeitskräfte als zu alt abgelehnt

würden, es kein Privileg für die kleine Schicht der Universitätsprofessoren geben könnte.

Abg. Dr. Böhm (D. Vp.) betonte, dass der vorliegende Gesetzentwurf, dem seine Freunde zustimmen, nichts mit Politik zu tun habe, sondern nur den Interessen unserer Hochschulen dienen solle. Im Interesse des akademischen Nachwuchses forderte er Verhinderung der Zahl der Professoren, sonst die Zahl der Studenten von 40 000 in der Kriegszeit auf 83 000 gestiegen sei.

Abg. Dr. Lauscher (Zentr.) konnte die Einstellung der Sozialdemokraten nicht verstehen, die im Ausschuss erklärt hätten, die jetzigen Inhaber der Lehrstühle widerstreben der neuen Zeit.

Man müsse anerkennen, dass auf diesem Gebiet bereits recht beachtliche Fortschritte erzielt seien.

Die Abstimmung soll am 19. März erfolgen. Die nächste Sitzung des Landtages findet am 11. März statt, wo die Etatsberatung mit der zweiten Lesung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt werden soll.

Flucht aus der Roten Armee

20 Soldaten auf polnisches Gebiet übergetreten

WARSCHAU, 1. März. (W. T. B.)

Wie der „Express Poranny“ meldet, hat gestern nacht bei Luniniec eine aus 20 Soldaten bestehende Abteilung der Sowjetgrenzwache unter der Führung ihres Kommandanten die Grenze überschritten und sich beim polnischen Polizeikommando in Luniniec gemeldet. Die russischen Soldaten erklärten dort, dass sie sich schon seit längerer Zeit mit der Absicht getragen hätten, die Reihen der Roten Armee zu verlassen. Die Soldaten würden in Sowjetrussland völlig ungenügend ernährt. Überdies hat man sie neuerdings gegen die Bauern geführt, die sich gegen die Enteignungen verteidigt hatten. Da die Soldaten daraufhin zum Teil den Gehorsam verweigerten, und nicht gegen die Bauern kämpfen wollten, habe man die Disziplin derart verschärft, dass sie zu Sklaven herabgewürdigt würden.

Die Gegenaktion der Bauarbeiter

HAMBURG, 1. März.

In Erwiderung auf die kürzlich von Arbeitgeberseite des deutschen Baugewerbes ausgesprochene Gesamtklärung der verschiedenen Lohnarbeiter hat der Vorstand und Beirat im Deutschen Bauarbeiterverband, Sitz Hamburg, beschlossen, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe nicht bloß Lohnerhöhungen, sondern auch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Außerdem sind die Mitglieder angewiesen worden, jede Überstundenarbeit zu verweigern.

Sowjetrussland auf der Leipziger Messe. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse werden 70 Sowjetwirtschaftsorganisationen teilnehmen. Auf die Messe werden zum ersten Male Proben des Sowjetpaares gesandt werden. Verschiedene Objekte, die die interessantesten Momente der Durchführung des Fünfjahresplans kennzeichnen, werden im Sowjetpavillon reich vorhanden sein.

